

2.2. Art der Maßnahme

- Sanierung** der unter 2.1. bezeichneten Sportstätte
insbesondere der Schwimmbecken, Umlaufbereiche, Sanitäreinrichtungen, Umkleidebereiche, Wasseraufbereitungsanlagen, Filteranlagen, Sprungtürme, einfache Rutschen, Steganlagen, Startblöcke
- Modernisierung** der unter 2.1. bezeichneten Sportstätte,
insbesondere durch energiesparende Maßnahmen und umweltschonende Technologien
- Erweiterung der Nutzbarkeit** der unter 2.1. bezeichneten Sportstätte,
insbesondere für den Behinderten- und Rehabilitationssport

2.3. Maßnahmebeschreibung

Kurzbezeichnung der Maßnahme

Ausführliche Beschreibung des Vorhabens

(Bei Sanierungsmaßnahmen kann die Notwendigkeit der Maßnahme ggf. anhand von Fotos dokumentiert werden. Sollte der Platz nicht ausreichen, fügen Sie bitte ein gesondertes Blatt bei.)

2.4. Geplanter Maßnahmezeitraum

Geplante zeitliche Durchführung des Vorhabens

Beginn (Monat/Jahr)	Ende (Monat/Jahr)
<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>
	1 2 2 0 2 2

Hinweis: Mit der Maßnahme darf erst nach Erhalt des Bewilligungsbescheides begonnen werden. Als Beginn gilt der Abschluss eines Leistungs-/ oder Liefervertrages.

Eine Genehmigung zum vorzeitigen Beginn der Maßnahme kann ab Veröffentlichung der Rangliste unter Nennung einer Begründung formlos beantragt werden.

2.5. Finanz- und hauswirtschaftliche Auswirkungen

Erklärung, dass die Finanzierung der sächlichen und personellen Folgekosten der geförderten Maßnahme gesichert ist.

4. Dem Antrag beizufügende Unterlagen	
1. Nachweis der Eigentumsverhältnisse	<input type="checkbox"/>
2. Darstellung der Maßnahme im Übersichts- und Lageplan	<input type="checkbox"/>
3. Liegenschaftskarte mit erkennbaren Flurstück(en) des betreffenden Grundstückes	<input type="checkbox"/>
4. Vorentwurfs- oder Entwurfszeichnungen, die Art und Umfang des Bauvorhabens nachvollziehbar nachweisen	<input type="checkbox"/>
5. ausführliche Bau- und Maßnahmebeschreibung (Nr. 2.3), ggf. separates Blatt beifügen	<input type="checkbox"/>
6. ggf. positiver Vorbescheid zur Bauanfrage oder Baugenehmigung	<input type="checkbox"/>
7. ggf. sonstige Genehmigungen (z. B. <i>wasserrechtliche, naturschutzrechtliche, denkmalrechtliche</i>)	<input type="checkbox"/>
8. ggf. Stellungnahme der unteren Denkmalschutzbehörde (<i>bei denkmalgeschützten Gebäuden</i>)	<input type="checkbox"/>
9. Nachweis über die Ausgaben (<i>ein Kostenangebot je Los oder qualifizierte Kostenberechnung nach DIN 276 für Hochbauten, gegliedert nach Kostengruppen</i>)	<input type="checkbox"/>
10. Nachweis des Eigenanteils sowie der Drittmittel in entsprechender Höhe	<input type="checkbox"/>
11. haushaltsbegründende Unterlagen: Beschluss zur Haushaltssatzung oder Nachtragshaushaltssatzung des Antragstellers, Auszug aus dem Haushaltsplan für das laufende Jahr.	<input type="checkbox"/>
12. ggf. Stellungnahme der zuständigen Kommunalaufsicht, sofern die festgelegten Bagatellgrenzen, bis zu denen eine kommunalaufsichtliche Stellungnahme grundsätzlich nicht vorzuliegen braucht, überschritten werden	<input type="checkbox"/>

Für kommunale Unternehmen	
13. haushaltsbegründende Unterlagen: Bilanz des Unternehmens oder Wirtschaftsplan für das laufende Jahr betreffend die eingestellten Mittel für die Einzelmaßnahme	<input type="checkbox"/>
14. Stellungnahme der zuständigen Kommunalaufsicht, sofern sich die Kommune an der Finanzierung beteiligt und die festgelegten Bagatellgrenzen, bis zu denen eine kommunalaufsichtliche Stellungnahme grundsätzlich nicht vorzuliegen braucht, überschritten werden	<input type="checkbox"/>
15. Einverständniserklärung der Kommune, dass sie mit der Umsetzung des beantragten Vorhabens einverstanden ist, sofern sie Eigentümer des Freibades ist.	<input type="checkbox"/>
16. Erklärung der Gemeinde, dass diese sich verpflichtet, bei Nichteinhaltung der Zweckbindungsfrist weiterhin eine dem Verwendungszweck entsprechende Nutzung zu ermöglichen, falls sich das Grundstück, auf dem der Fördergegenstand steht, Eigentum der Gemeinde ist.	<input type="checkbox"/>

Das Landesverwaltungsamt bewilligt auf Grundlage der vom Ministerium für Inneres und Sport erstellten Rangliste im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel. Ein Anspruch auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht, die Bewilligungsbehörde entscheidet aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

5. Erklärungen des Antragstellers

5.1. Allgemeine Erklärungen

- a) Ich/ Wir erklären, dass der Erlass des MI vom 02. Juni 2022 sowie die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-Gk) und die bei einer Bewilligung sich daraus für mich/ uns ergebenden Verpflichtungen bekannt sind. Ich/ Wir erkenne/n diese an. Es ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht und der Zuwendungsbescheid mit weiteren Nebenbestimmungen verbunden werden kann.
- b) Ich/ Wir erkläre/n, dass das Vorhaben nicht im Auftrag Dritter durchgeführt wird oder werden soll.
- c) Ich/ Wir versichere/n, dass in den angegebenen zuwendungsfähigen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten sind, wenn diese gemäß § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) als Vorsteuer für uns abziehbar sind.
- d) Ich/ Wir erkläre/n, dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde und auch nicht vor Erhalt des Zuwendungsbescheides bzw. einer auf Antrag erteilten Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn begonnen wird. Uns ist bekannt, dass als Vorhabenbeginn bereits der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages gilt.
- e) Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir für das zu fördernde Vorhaben über die in Ziffer 3.2. dieses Antrages genannten öffentlichen Förderungen hinaus keine weiteren Mittel beantragt, zugesichert oder bewilligt bekommen habe/n.
- f) Ich/Wir erkläre/n, dass die Maßnahme vollständig geplant und die Gesamtfinanzierung unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert ist.
- g) Die von mir/uns gemachten Angaben im Antrag und in den beigefügten Unterlagen sind richtig und vollständig.
- h) Mir/Uns ist bekannt, dass das LVwA berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte/n uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/ Informationen/ Auskünfte zu erbringen/ zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen vor Ort für notwendig gehalten werden, so erkläre/n ich mich/wir uns damit einverstanden.
- i) Ich/ Wir entbinde/n die Finanzbehörden von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 AO) gegenüber den für die Entscheidung über diesen Antrag zuständigen Behörden.

5.2. Vorherige Förderungen

Für die im Antragsformular unter 2.1. bezeichnete Einrichtung wurden in den vergangenen 15 Jahren Fördermittel bewilligt?

nein ja

wenn ja:

1. Fördermaßnahme	Jahr der Förderung
Zweckbindung besteht noch? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Aktenzeichen
2. Fördermaßnahme	Jahr der Förderung
Zweckbindung besteht noch? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Aktenzeichen
3. Fördermaßnahme	Jahr der Förderung
Zweckbindung besteht noch? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Aktenzeichen

5.3. Erklärung zur Vergabe von Aufträgen

Mir/Uns ist bekannt, dass die Bewilligung der Förderung mit der Auflage verbunden wird, die einschlägigen Vorschriften über die Vergabe von Aufträgen zu beachten.

Aufträge bis zu einem Auftragsvolumen von 100.000 Euro je Los (ohne Umsatzsteuer) sind unter Einholung von mindestens drei Angeboten nach wirtschaftlichen und wettbewerblichen Gesichtspunkten an leistungsfähige Anbieter zu vergeben.

Bei Aufträgen über 100.000 Euro je Los (ohne Umsatzsteuer) sind folgende Vorschriften zu beachten:

- die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen – Teil A (VOL/A).

Für öffentliche Auftraggeber im Sinne von § 99 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen – GWB (BGBl. I 2005, S. 2114, in der jeweils gültigen Fassung) gelten darüber hinaus die vergaberechtlichen Vorschriften der §§ 97 ff. GWB und der Vergabeverordnung – VgV (BGBl. 2003, S. 169, in der jeweils gültigen Fassung) in Verbindung mit

- der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A) Abschnitt 2,
- der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen – Teil A (VOL/A) Abschnitt 2,
- der Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF),

bei Aufträgen, welche die in § 2 VgV festgelegten Auftragschwellenwerte erreichen oder überschreiten. Nach diesen Vorschriften ist ein Auftrag grundsätzlich europaweit auszuschreiben.

Nach § 99 GWB gemäß § 6 WRegG sind öffentliche Auftraggeber verpflichtet, vor Erteilung des Zuschlags im Vergabeverfahren öffentlicher Aufträge - mit einem geschätzten Auftragswert ab 30.000 EUR (ohne Umsatzsteuer) - bei der Registerbehörde abzufragen, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen zu demjenigen Bieter, an den der Auftraggeber den Auftrag zu vergeben beabsichtigt, gespeichert sind.

Öffentliche Auftraggeber, die in den persönlichen Anwendungsbereichen nach § 2 des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Aufträge in Sachsen-Anhalt vom 19.11.2012 – LVG LSA (GVBl. LSA 2012, S.536) fallen, haben ferner bei der Vergabe von Aufträgen unabhängig von den Schwellenwerten nach § 2 VgV die Regelungen des LVG LSA in der jeweils gültigen Fassung zu beachten.

Öffentlichen Auftraggeber, die nach § 55 der Landeshaushaltsordnung Sachsen-Anhalt (LHO), § 29 der Gemeindehaushaltsordnung Doppik (GemHV Doppik) oder § 32 der Gemeindehaushaltsverordnung vom 22.10.1991 zur Beachtung des Vergaberechts verpflichtet sind, haben ferner bei der Vergabe von Aufträgen auch unterhalb der Schwellenwerte nach § 1 Absatz 1 LVG LSA die Regelungen des Landes zum öffentlichen Auftragswesen (Runderlass des MW vom 08.12.2010, MBl. LSA 2010, S. 675, in der jeweils gültigen Fassung) zu beachten.

Ich versichere/Wir versichern, dass mir/uns die einschlägigen vergaberechtlichen Vorschriften bekannt sind und dass die Vergabe von Aufträgen für das beantragte Vorhaben entsprechend dieser Regelungen erfolgt.

Mir/Uns ist bekannt, dass das Nichtbeachten der Vergabevorschriften den Widerruf der Zuwendung zur Folge haben kann.

6. Einwilligung in die Verarbeitung und in die Veröffentlichung meiner/ unserer personenbezogener Daten

Ich/Wir bin/ sind damit einverstanden, dass die im Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben zur Abwicklung der Förderung beim Landesverwaltungsamt, Nebenstelle Magdeburg, Hakeborner Straße 1, 39112 Magdeburg erfasst, gespeichert und verarbeitet sowie an die mit der Durchführung der Förderung befassten Institutionen des Landes und an die für die Verwaltungs- und Kontrollsysteme zuständigen Dienststellen des Landes übermittelt, von diesen erfasst und verarbeitet werden können.

Außerdem ist mir/ uns bekannt, dass keine Verpflichtung aufgrund einer Rechtsvorschrift besteht, die im Antragsvordruck geforderten Angaben zu machen (§ 4 Datenschutzgesetz Land Sachsen-Anhalt), die Angaben jedoch für die Antragsbearbeitung erforderlich sind. Weiterhin ist mir/ uns bekannt, dass ich/wir diese Einwilligung verweigern und mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann/können, die Bearbeitung dieses Förderantrages dann allerdings nicht mehr möglich ist.

7. Unterschriften

Ort, Datum	rechtsverbindliche Unterschrift(en) der/des Vertretungsberechtigten (Stempel/Dienstsiegel)	Name(n) des/der Unterzeichner(s) (Bitte in Druckbuchstaben)